

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten August Wöginger, Sigrid Maurer, Andreas Ottenschläger,
Hermann Weratschnig, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Verkehrsentslastung für das Rheintal

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend
„selbstverschuldete Amtsunfähigkeit und fortgesetzter Verfassungsbruch müssen
Konsequenzen haben“

BEGRÜNDUNG

Die Dringliche Anfrage betrifft u.a. den Umgang mit Beteiligungen des Bundes und ausgegliederten Rechtsträgern. Zu solchen zählt auch die ASFINAG. Auch in deren Bereich ist eine wirtschaftliche, zweckmäßige und sparsame Mittelverwendung notwendig.

Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass die Verkehrssituation des Rheintals besonders angespannt ist. Aus diesem Grund gab es in den vergangenen Jahren verschiedene Ansätze die Situation zu verbessern. Unter anderem wurde und wird der öffentliche Verkehr weiter ausgebaut. Ziel muss eine möglichst zeitnahe Entlastung für die vor allem vom Transitverkehr besonders betroffenen Gemeinden wie Lustenau sein. Da derzeit bis September eine Evaluierung des ASFINAG-Bauprogrammes seitens des BMK stattfindet, sollte dabei auch unter anderem die mögliche Verbindung auf der Höhe Hohenems-Diepoldsau-Widnau/Balgach wie im Agglomerationsprogramm Rheintal vorgesehen, berücksichtigt werden. Auch soll auf die neu vorliegende bautechnische Machbarkeitsstudie des Tiefbauamtes des Kantons St.Gallen einer Tunnelverbindung „DHAMK“, die eine Verbindung der A14 und der Schweizer N13 vorsieht, bei der Evaluierung eingegangen werden.

Die wesentlichen Ziele sollten die zeitnahe Entlastung der besonders vom Verkehr betroffenen Menschen, die Erreichung der Klimaneutralität Österreichs bis 2040 und die Erhöhung der Verkehrssicherheit sein. Dabei sollten Realisierungszeitraum, Realisierungswahrscheinlichkeit, Bodenverbrauch und Flächenversiegelung berücksichtigt werden. Die konkreten Schritte dazu sollen unter Einbeziehung der regional Verantwortlichen und der Vorarlberger Landesregierung umgesetzt werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

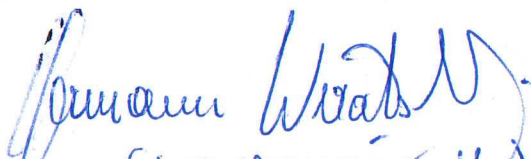
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG


Der Nationalrat wolle beschließen:


Die zuständige Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie wird ersucht im Rahmen der von ihr angekündigten Evaluierung des Straßenbauprogrammes der ASFINAG hinsichtlich der S 18 wie folgt vorzugehen:

Ziel ist eine möglichst rasche Lösung für die vom LKW-Transitverkehr betroffenen Ortsdurchfahrten (wie zB Lustenau) zu finden.

Dabei ist die notwendige Verbindung der A14 mit der Schweizer N13 unter Berücksichtigung einer möglichen Verbindung auf der Höhe Hohenems - Diepoldsau - Widnau/Balgach (siehe Agglomerationsprogramm Rheintal, S. 80) zu prüfen.


(WERADSCHNIGER H.)


(JOMBIK N.)


(SCHLÄPFER S.)


KLINGER H.

(NAVRAU N.)